

II-13778 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6706 13

1994 -05- 26

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Scheibner
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Abschiebung von Ausländern

Die Justizbehörden informieren die Sicherheitsbehörden über die Entlassung ausländische Häftlinge, wenn fremdenpolizeiliche Maßnahmen angezeigt erscheinen. Fraglich ist aber, wieviele dieser Personen schließlich von den Sicherheitsbehörden abgeschoben werden. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

Anfrage:

1. Wieviele Personen wurden 1988 und 1993 von den Justizbehörden jeweils direkt den Sicherheitsbehörden zur fremdenpolizeilichen Behandlung übergeben?
2. Wieviele davon wurden
 - a. abgeschoben (effektiv über die Grenze, nicht nur z.B. bis zum Südbahnhof),
 - b. mit einem Aufenthaltsverbot belegt bzw.
 - c. wievielen wurde nur die Aufenthaltbewilligung entzogen?
3. Aus welchen Gründen und bei wievielen von den Justizbehörden übergebenen Ausländern sind derartige Maßnahmen gegebenenfalls unterblieben?
4. Für wie lange wurde im Durchschnitt jeweils ein Aufenthaltsverbot verhängt?